

Die Ernährungsinitiative – richtiges Ziel, falscher Weg

Maya Graf, Ständerätin BL

Die Volksinitiative «*Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)*» hat wichtige Ziele: Die natürlichen Lebensgrundlagen wie Böden, Gewässer und Biodiversität sollen besser geschützt und die nachhaltige Landwirtschaft gestärkt werden. Der Weg, den die Ernährungsinitiative vorschlägt, ist allerdings aus Sicht der GRÜNEN Fraktion im Bundesparlament nicht der richtige. Wir brauchen ein Landwirtschafts- und Ernährungssystem, das innerhalb der Belastungsgrenzen funktioniert. Das bedeutet konkret, Erhalt der Ökosysteme und Biodiversität sowie Höchstwertgrenzen für Phosphor und Stickstoffverbindungen sind zentral, um die Gewässerqualität, Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität zu schützen. Ein Netto-Selbstversorgungsgrad von mind. 70% (aktuell 42%) wie ihn die Initiative verfolgt, würde jedoch erreichen, dass sich die Menschen im Ausland mit den Lebensmitteln eindecken. Eine solche Vorgabe entmündigt die Konsument:innen, schwächt unsere einheimische Produktion und verteuert die Nahrungsmittel erheblich. Produktionsmittel müssen weiterhin importiert werden können und schliesslich überfordert die kurze Übergangsfrist von 10 Jahren alle Betroffenen. Daher lehnen auch der Bundesrat und alle Parteien die Ernährungsinitiative als zu extrem ab.

Der Umbau in ein nachhaltiges und umfassendes Landwirtschafts- und Ernährungssystem braucht längerfristig-tiefgreifende Veränderungen. Deshalb bringt sich die GRÜNE Fraktion im Bundeshaus in die Agrarpolitik 2030+ mit einem Vorstosspaket für den Umbau in ein umfassend-nachhaltiges Schweizer Ernährungssystem ein.